

Vertrag für Wartung und Inspektion

(in Anlehnung an AMEV-Vertragsmuster „Wartung 2018“, Stand 21.01.2019)

für

Kathodischer Korrosionsschutz Anlage

- ☒ Neuanlage in Verbindung mit einem Bauausführungsauftrag
☐ Bestandsanlage
für: Anlage benennen/beschreiben

zwischen Stadt Nürnberg,
vertreten durch den Oberbürgermeister,
dieser vertreten durch das
Hochbauamt, H/B1-2
Marientorgraben 11
90402 Nürnberg

- nachstehend Auftraggeberin (AG) genannt

und Firma

- nachstehend Auftragnehmerin (AN) genannt

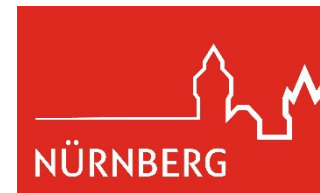
wird für Berufsbildungszentrum-BBZ
Äußere Bayreuther Str. 8
90489 Nürnberg

HVE SuS
(Betreiber der Anlage)

SchB
(Nutzer der Anlage)

folgende Vereinbarung getroffen: (siehe S. 2 ff.)





1. Gegenstand des Vertrages

Gegenstand des Vertrages sind Wartung und Inspektion, nachstehend als Wartung bezeichnet, sowie kleine Instandsetzungsarbeiten (siehe Nr. 2.2 in Verbindung mit Nr. 5.1) an den technischen Anlagen und Einrichtungen, nachstehend als Anlagen bezeichnet, die in der/den Bestandsliste/n vom/....../..... aufgeführt sind.

Die Bestandsliste/n ist/sind Vertragsbestandteil (siehe Nr. 12, Anhang 1).

Bei Neuanlagen: Gegenstand des Vertrages ist die Ausschreibung aus dem Vergabevorgang der Deutschen eVergabe mit der eVergabe-Nummer: 2026002869.

2. Leistungen der Auftragnehmerin

- 2.1 Der Auftragnehmerin werden die in der/den Arbeitskarte/n vom/....../..... beschriebenen Leistungen übertragen.

Die Arbeitskarte/n ist/sind Vertragsbestandteil (siehe Nr. 12, Anhang 2).

- 2.2 Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, im Zusammenhang mit der Wartung diejenigen Instandsetzungsarbeiten auszuführen, die zur Wiederherstellung des Sollzustandes unerlässlich, nicht ohnehin in der/den Arbeitskarte/n erfasst sind und den normalerweise zu erwartenden Zeitaufwand für die Wartung nicht erhöhen.

- 2.3 Andere Instandsetzungsarbeiten hat die Auftragnehmerin auf Anforderung in angemessener Frist auszuführen. Hierfür ist ein gesonderter Vertrag zu schließen. Auf Übertragung dieser Leistungen besteht kein Rechtsanspruch.

- 2.4 Die Auftragnehmerin ist – auch außerhalb der regelmäßigen Wartungstermine – verpflichtet, Störungen, die die Anlagensicherheit beeinträchtigen oder die Gebäudenutzung gefährden, nach Aufforderung zu beseitigen.

Sie hat die Arbeiten unverzüglich

- ☒ innerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit auszuführen.
☐ auch außerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit (z. B. nachts und an Sonn- und Feiertagen) und zwar zu folgenden Zeiten auszuführen:

3. Pflichten der Auftragnehmerin

- 3.1 Die Auftragnehmerin hat die Leistungen so auszuführen, dass die Sicherheit der Anlagen erhalten bleibt. Die Betriebsbereitschaft ist während der Leistungserbringung aufrecht zu erhalten, soweit dies möglich ist.

Die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Unfallverhütungsvorschriften sowie die allgemein anerkannten Regeln der Technik sind zu beachten.

Die Auftragnehmerin hat die Leistung mit ihrem Betrieb zu erbringen. Sie ist verpflichtet, entsprechend qualifizierte Fachkräfte einzusetzen. Sie darf Teile der Leistung mit Zustimmung der Auftraggeberin an qualifizierte Nachunternehmer übertragen.

- 3.2 Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, alle zur Erbringung der Leistungen benötigten Hilfsmittel (z. B. Messgeräte und Werkzeuge) und Hilfsstoffe (z. B. Schmier- und Reinigungsmittel) zu stellen bzw. zu liefern.



- 3.3 Erkennt oder vermutet die Auftragnehmerin Mängel oder Schäden, die die Sicherheit oder Betriebsbereitschaft einer Anlage gefährden können, hat sie unverzüglich folgende Stelle zu benachrichtigen und erforderlichenfalls die Außerbetriebnahme der Anlage zu veranlassen:

HVE SuS/G
An der Fleischbrücke 1-3
90403 Nürnberg

Sie hat mündliche Benachrichtigungen schriftlich zu bestätigen. Auf andere Mängel oder Schäden, die nicht unverzüglich beseitigt werden müssen und deren Beseitigung nicht zu den in den Nrn. 2.1 und 2.2 beschriebenen Leistungen gehören, hat die Auftragnehmerin die Auftraggeberin unverzüglich schriftlich hinzuweisen.

- 3.4 Erkennt die Auftragnehmerin, dass wegen Änderung der Nutzung, von gesetzlichen Bestimmungen bzw. allgemein anerkannten Regeln der Technik oder aufgrund der nach einer mehrjährigen Betriebsdauer gesammelten Erfahrungen andere Wartungsintervalle notwendig werden, hat sie die Auftraggeberin darauf hinzuweisen.

- 3.5 Die Auftragnehmerin hat ihre Rechnungen an den zentralen Rechnungseingang der Stadt Nürnberg zu schicken und dazu wie folgt zu adressieren:

Stadt Nürnberg
Hausverwaltende Dienststelle
Leitweg-ID - 09564000-4000027-91
Postfach 90 01 48
90492 Nürnberg

Weiterführende Informationen zur Rechnungsstellung bei der Stadt Nürnberg siehe Anlage.

4. Ausführung der Leistung

- 4.1 Die Auftragnehmerin hat die ausgeführten Leistungen in der/den Arbeitskarte/n und den in diesem Zusammenhang festgestellten allgemeinen Anlagenzustand einschließlich etwaiger, in absehbarer Zeit notwendig werdender Instandsetzungsleistungen sowie die gegebenenfalls ausgewechselten Teile in einem Arbeitsbericht zu dokumentieren.

- 4.2 Bei den besonders zu vergütenden Leistungen nach Nr. 2.4 sind außerdem Zeitaufwand, Namen und Entgelt- bzw. Berufsgruppen des eingesetzten Personals sowie verwendete Hilfs- und Betriebsstoffe anzugeben.

- 4.3 Als Beauftragte/r der Auftraggeberin bestätigt

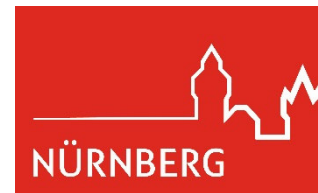
Hausmeister/in der Schule
Äußere Bayreuther Str. 8
90489 Nürnberg

die Durchführung der Arbeiten. Die Bestätigung erstreckt sich nicht auf die fachgerechte Ausführung und stellt keine Abnahme der Leistungen durch die Stadt dar.

- 4.4 Der Zeitpunkt der Durchführung der Wartungsarbeiten ist mit der/dem Beauftragten der Auftraggeberin (siehe Nr. 4.3) rechtzeitig vor Beginn abzustimmen.

- 4.5 Die Wartung ist

- ☒ innerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit,
☐ zu folgenden Zeiten
Wochentag, Uhrzeit
durchzuführen.



5. Vergütung

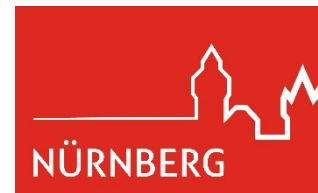
- 5.1 Für die der Auftragnehmerin übertragenen Leistungen an der/den in der/den Bestandsliste/n aufgeführten Anlage/n werden nachstehende Vergütungen unter Zugrundelegung des zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer geltenden Umsatzsteuersatzes vereinbart:

Vom Bieter auszufüllen:

Für	_____	EUR
Für	_____	EUR
Für	_____	EUR
	Summe pro Jahr, netto	_____ EUR
	+ Umsatzsteuer (%)	_____ EUR
	Summe pro Jahr, brutto	===== EUR

Mit dieser Vergütung sind abgegolten:

- die Wartung nach Nr. 2.1
- die Instandsetzung nach Nr. 2.2 mit Lieferung benötigter Klein-/Ersatzteile bis zum Nettowert von insgesamt 25 EUR je Wartung und Anlage (Ersatzteile mit einem Nettowert über 25 EUR je Teil werden gesondert vergütet)
- die Kosten für die in Nr. 3.2 bezeichneten Hilfsmittel und -stoffe
- die Kosten von entsprechend der Arbeitskarte zu liefernden Materialien
- die Kosten für die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmende Entsorgung von ausgetauschten Teilen, Hilfs-/Betriebsstoffen, Abfällen und Verpackungen
- alle sich aus den Leistungen nach Nr. 2.1 und 2.2 ergebenden Nebenkosten, z. B. Fahrt- und Transportkosten, Auslösungen, Tage- und Übernachtungsgelder, Schmutz- und Erschwerniszulagen, Überstunden sowie Sonn- und Feiertagszuschläge



5.2 Leistungen nach Nr. 2.4 werden wie folgt vergütet (netto):

Vom Bieter auszufüllen:

Stundenverrechnungssatz: Obermonteur EUR
 Monteur EUR
 Helfer EUR

Zuschlag für Leistungen außerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit:

Überstunden %
 Nacht-/Schichtarbeit %
 Sonn-/Feiertagsarbeit %

Fahrtkostenpauschale (An- und Abfahrt): EUR/Auftrag
 Für die Fahrtzeit werden keine Arbeitsstunden vergütet.

5.3 Die Vergütung nach 5.1 ist – ausschließlich der Umsatzsteuer – für eine Vertragslaufzeit von 48 Monaten Festpreis (Regelungen zur Vertragslaufzeit s. Nr. 8.1). Ändert sich nach Ablauf dieser Frist das maßgebende Entgelt, so kann auf Verlangen der Auftragnehmerin die jährliche Vergütung nach folgender Preisgleitklausel angepasst werden:

$$K_n = K \times (P_A + P_E \times E_n / E)$$

Dabei bedeuten:

K = Vergütung – ohne Umsatzsteuer – bei Vertragsangebot

K_n = neue Vergütung

E_n = neues Entgelt der maßgebenden Entgeltgruppe

Vom Bieter auszufüllen:

P_A = 0, Allgemeinkostenanteil

P_E = 0, Entgeltkostenanteil (P_A + P_E = 1)

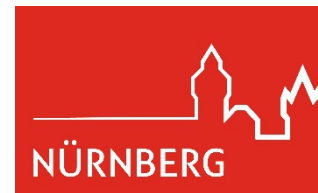
E = EUR/Std Entgelt der maßgebenden Entgeltgruppe bei Vertragsangebot

maßgebender Tarifvertrag:

Die Pflichten der Auftragnehmerin nach Nr. 3 bleiben unberührt. (Bei tariflosen Zeiten gelten die maßgebenden orts- und gewerbeüblichen Betriebsvereinbarungen.)

maßgebende Entgeltgruppe:

Die Anpassung erfolgt im Folgemonat nach Erbringung des Nachweises der Änderung des maßgebenden Entgelts durch die Auftragnehmerin.



- 5.4 **Ich/Wir erkläre(n), dass wir die Leistung für die Laufzeit des Vertrages zu einem Festpreis anbiete(n), wenn die Bieterangaben in Punkt 5.3 nicht vollständig von mir/uns ausgefüllt sind.**
- 5.5 Der Nettowert von im Zusammenhang mit Leistungen nach Nr. 2.2 oder 2.4 benötigten Klein-/Ersatzteilen wird anhand von Listenpreisen ermittelt.
- 5.6 Bei Mängelhaftung der Auftragnehmerin aus der Errichtung der Anlage/n wird für zur Erfüllung dieser Pflicht erbrachte Leistungen keine Vergütung gewährt.
- 5.7 Die Vergütung wird gezahlt nach erfolgter Leistungserbringung, einschließlich der Vorlage der dazugehörigen Wartungsprüfbestätigungen und der Vorlage einer prüfbaren Rechnung.
Die Erfüllung der berechtigten Entgeltforderungen erfolgt binnen 30 Tagen nach Rechnungszugang.

6. Mängelansprüche

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche aus diesem Vertrag beträgt 1 Jahr.

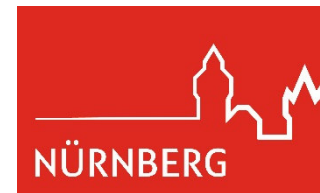
7. Haftung

- 7.1 Werden in Zusammenhang mit der Erbringung von vereinbarten Leistungen Schäden an den Anlagen verursacht, hat die Auftragnehmerin die Schäden unverzüglich zu beseitigen, wenn sie oder ihre Erfüllungsgehilfen Verschulden trifft.
Werden im Zusammenhang mit der Erbringung von vereinbarten Leistungen andere Schäden verursacht, hat die Auftragnehmerin in vollem Umfang Ersatz zu leisten, wenn sie oder ihre Erfüllungsgehilfen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit trifft.
- 7.2 Die Auftragnehmerin hat eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, die Sach-, Vermögens- und Personenschäden in der nachfolgenden Höhe abdeckt, und die auf Verlangen nachzuweisen ist.

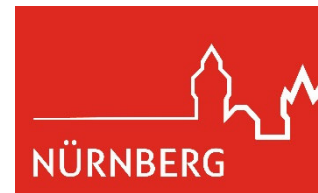
Sachschäden	}	3.000.000,00 EUR
Vermögensschäden		
Personenschäden		

8. Vertragslaufzeit, Kündigung und Leistungsänderungen

- 8.1 Die Laufzeit des Vertrages beginnt
- ☒ am .../.../.....
- ☒ an dem der Abnahme der Bauleistung folgenden Tag
- und beträgt z. B. 4 Jahre.
- ☒ Eine Verlängerung der Laufzeit des Vertrages jeweils um ein weiteres Jahr gilt als vereinbart, wenn der Vertrag nicht spätestens drei Monate vor Ablauf der Laufzeit schriftlich gekündigt wird.
- ☐ Eine Verlängerung der Laufzeit des Vertrages ist nicht vorgesehen.
- 8.2 Eine fristlose Kündigung ist nur schriftlich und nur aus wichtigem Grund möglich.
Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn:
- a) der Vertrag zur Erstellung der Anlage/n vorzeitig beendet worden ist.
- b) die in der/den Bestandsliste/n aufgeführte/n Anlage/n verkauft oder nicht nur vorübergehend außer Betrieb genommen werden soll/en.
- c) die in der/den Bestandsliste/n aufgeführte/n Anlage/n aus rechtlichen Gründen von Dritten gewartet werden muss/müssen.
- d) die Auftragnehmerin ihre Leistung nicht oder nicht vertragsgemäß erbracht hat (§ 323 BGB).



- e) der Betrieb der Auftragnehmerin infolge wesentlicher Änderungen der Anlage/n nicht mehr auf die dann erforderlichen Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten eingerichtet ist.
 - f) über das Vermögen der Auftragnehmerin das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung zulässigerweise beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages dadurch in Frage gestellt ist oder dass sie ihre Zahlungen nicht nur vorübergehend einstellt.
 - g) die Auftragnehmerin aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.
 - h) die Auftragnehmerin der Auftraggeberin oder deren Mitarbeitern oder von dieser beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder ihnen nahestehende Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, verspricht oder gewährt, es sei denn, es handelt sich um sozial adäquates Verhalten im Sinne von Nummer IV des „Rundschreibens des BMI zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken in der Bundesverwaltung vom 8. November 2004“.
 - i) die Auftragnehmerin gegenüber der Auftraggeberin, deren Mitarbeiter*innen oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen.
- 8.3 Wird ein Teil der in der/den Bestandsliste/n aufgeführten Anlage/n nicht nur vorübergehend außer Betrieb genommen, ist eine angemessene Herabsetzung der Vergütung zu vereinbaren.
- 8.4 Wird/Werden die in der/den Bestandsliste/n aufgeführte/n Anlage/n oder Teile davon vorübergehend außer Betrieb gesetzt, entfallen für diesen Zeitraum Leistungs- und Vergütungspflicht in entsprechendem Umfang.
- 8.5 Wird/Werden die in der/den Bestandsliste/n aufgeführte/n Anlage/n wesentlich geändert, kann eine entsprechende Änderung der Leistungs- und Vergütungspflicht verlangt werden.
- 9. Pflichten der Auftraggeberin**
- 9.1 Die Auftraggeberin hat der Auftragnehmerin zur Durchführung ihrer Leistung die vorhandenen Einrichtungen, Versorgungsanschlüsse und Betriebsstoffe (z. B. Strom, Wasser) kostenlos zur Verfügung zu stellen und Zutritt zu den Anlagen und Versorgungsanschlüssen zu verschaffen.
- 9.2 Die Auftraggeberin stellt keine Arbeitskräfte.
Die Pflichten der Auftragnehmerin nach Nr. 3 bleiben unberührt.
- 10. Gerichtsstand**
- Der Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
Erfüllungsort und Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Nürnberg.
- 11. Schriftform und salvatorische Klausel**
- 11.1 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie den Vertrag betreffende Mitteilungen bedürfen der Schriftform, wenn sie bedeutsam für die weitere Vertragsabwicklung sind (z. B. Preisanpassungen, Leistungsänderungen, Wechsel von Ansprechpersonen).



- 11.2 Durch die etwaige Ungültigkeit einer oder mehrerer Bestimmungen dieses Vertrages wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Wenn und soweit eine der Bestimmungen dieses Vertrages gegen zwingende gesetzliche Vorschriften verstoßen sollte, sind die Vertragspartner verpflichtet, diese durch eine Vereinbarung zu ersetzen, die den gewollten Zweck wirtschaftlich gleichwertig erreicht.
- 11.3 Die Bestimmungen dieses Vertrags gehen etwaigen AGB der Auftragnehmerin vor.

12. Anhänge zum Vertrag

Die Bestandsliste/n (Anhang 1) und die Arbeitskarte/n (Anhang 2) sind Vertragsbestandteil, ebenso die Hinweise zur Rechnungsstellung.

Für die Auftraggeberin:

Nürnberg, den

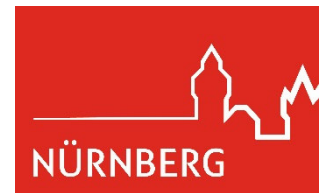
Für die Auftragnehmerin:

Nürnberg, den

Name/Unterschrift/Stempel

Name/Unterschrift/Stempel





Datenschutzhinweis zum Abschluss von Verträgen mit der Stadt Nürnberg

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg
Hochbauamt
Marientorgraben 11
90402 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 4200

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Stadt Nürnberg
Behördlicher Datenschutz
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Erfüllung eines Vertrages mit der Stadt Nürnberg Art. 6 Abs. 1 Buchst. b) DSGVO.

Weitergabe von Daten

Die Weitergabe von Daten erfolgt an die innerhalb der Stadt Nürnberg mit der Aufgabenerfüllung befassten Stellen.

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen im Rahmen des Vertragsverhältnisses erforderlich ist.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. b) DSGVO sind die Daten zur Verarbeitung im Rahmen des Vertragsverhältnisses erforderlich.

(Stand April 2026)